

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser!

Die Handydatenaffäre hätte am 9. September mit dem Sonderbericht des Datenschutzbeauftragten einen Abschluss finden können. Einmütig hatten Oppositions- und Koalitionsfraktionen vor der Sommerpause Andreas Schurig, der übrigens vom Landtag mit großer Mehrheit gewählt ist, um eine Untersuchung der umstrittenen Funkzellabfrage im Zusammenhang mit den Protesten gegen geplante Nazi-Aufmärsche am 13. und 19. Februar in Dresden ersucht. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Ermittlungsbehörden handelten, insbesondere gegen friedliche Demonstranten und Anwohner, unverhältnismäßig und teilweise rechtswidrig. Es wäre nun Aufgabe des Innen- und Justizministeriums, daraus Konsequenzen zu ziehen.

Stattdessen verweist der Justizminister auf eine zuvor eingebrachte Bundesratsinitiative, die das Problem nicht löst, weil sie die Forderungen des Datenschutzbeauftragten gar nicht berücksichtigen konnte. Und der Innenminister lässt von einem Berliner Verfassungsrechtler mit heißer Nadel binnen weniger Tage ein Gegengutachten zusammenstricken, was deshalb schon völlig wertlos ist, weil der beauftragte Professor gar keinen Einblick in die Akten hatte, die den Datenschutzbeauftragten zu seinem Urteil bewogen. Statt Einsicht und Umkehr also regierungsamtliche Rechthaberei auf Kosten des Rechtsstaates. Das letzte Wort aber haben Gerichte, die über Beschwerden gegen diese Datenerfassung entscheiden. Und die Wählerinnen und Wähler, die der Machtarroganz eine Quittung ausstellen werden.

A. Hahn
Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Wohn(alb)räume in Schwarz-Gelb

In Sachsen leben knapp 463.000 Menschen in 269.000 Bedarfsgemeinschaften in solchen Verhältnissen, dass sie ihre Wohnung nur durch die Erstattung von Kosten der Unterkunft (KdU) bezahlen können. Um diese Menschen ging es der Linksfraktion mit ihrem Antrag „Kosten der Unterkunft und Heizung bedarfsgerecht sichern – Keine Pauschalierung der KdU in Sachsen!“ (Drs 5/6304), der am 15. September im Plenum zu Debatte stand.

„Es geht darum, für Betroffene wie Kommunen Rechtssicherheit zu schaffen und einen verlässlichen und für alle Regionen verbindlichen und nachvollziehbaren Kriterienkatalog auf den Weg zu bringen, nach dem die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft zu ermitteln sind“, so **MdL Enrico Stange**: „Der Landtag als Gesetzgeber soll der Staatsregierung eine Orientierung geben, wie er sich Rahmenbedingungen für die relevanten Regelungen eines SGB-II-Ausführungsgesetzes in Bezug auf die KdU vorstellt. Der Bund senkt seine Zuschüsse zur KdU-Finanzierung, 60 Prozent der Kosten bleiben am Schluss an den Kommunen hängen, was deren finanziellen Druck und den Drang, diesen an die Betroffenen weiterzugeben, erhöht. Deshalb besteht dringender Handlungsbedarf.“

Mit ihrem Antrag wollte DIE LINKE die Kommunen Sachsens per Gesetz



verpflichten, die Kosten der Unterkunft und Heizung für Bewerber/innen von SGB-II-Leistungen unter Berücksichtigung bestimmter Kriterien in angemessener Höhe zu übernehmen. Der im Antrag aufgeführte Kriterienkatalog hätte den Kommunen einen verbindlichen und rechtssicheren Rahmen zur Ermittlung der Angemessenheit gegeben und es z. B. möglich gemacht, dass einem Bürger im Vogtland oder Erzgebirgskreis eine ebenso große Mindestwohnfläche zugestanden

wird, wie einem Bürger in Leipzig oder Dresden. „Es geht auch darum, soziale Segregationen zu vermeiden, Älteren, Bedürftigen, Menschen mit Behinderungen einen Zwangsumzug zu ersparen und sie in dem für sie so wichtigen gewohnten Wohnumfeld zu belassen“, so Stange.

Gerechtigkeit und Rechtssicherheit wird es in der KdU-Frage – zumindest in Sachsen – vorerst nicht geben, die schwarz-gelbe Parlamentsmehrheit lehnte den Antrag der LINKEN ab.

P.S. Die Stellungnahme der Staatsregierung zum Antrag der LINKEN ist für Enrico Stange „ein beredter Beweis für die arrogante und zutiefst verächtliche Umgangsweise mit den Rechten des Parlaments.“ Staatsminister Beermann hatte es in der Stellungnahme vermieden, sich inhaltlich auch nur ansatzweise mit dem Antrag auseinanderzusetzen. „Das belegt einmal mehr das abseits demokratisch-parlamentarischer und teils auch rechtsstaatlicher Gepflogenheiten mittlerweile kultivierte Unvermögen oder den kultivierten Unwillen der Staatsregierung, Anfragen und Anträge der demokratischen Opposition mit gebotener und dem Amt zuträglicher Neutralität als ebenbürtige und rechtlich gleichberechtigte Initiativen im Ringen um den richtigen Weg und die beste Lösung für Menschen in diesem Freistaat anzuerkennen“, so Stange.

LINKE beim Tag der Sachsen

Es hat so ziemlich alles gepasst beim 20. Tag der Sachsen Anfang September in Kamenz: Das Wetter, die Besucher, die Stimmung, die Stadt. Wie immer hat es sich auch die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag nicht nehmen lassen, dem größten Vereins- und Volksfest Sachsens seine Aufwartung zu machen. Gut betreut von MdL Marion Junge und ihrem Team sowie von der Stadt selbst warben wir drei Tage lang in der Lessingstadt für LINKE Politik, kamen mit zahlreichen Besuchern ins Gespräch und boten in kleinen Open-Air-Talkrunden Hintergrundinfos zu verschiedenen Politikfeldern. Gern angenommen wurde die Möglichkeit, sich mit Fraktionschef Dr. André Hahn bei strahlendem Sonnenschein und bei Kaffee und Kuchen individuell auszutauschen.

Meist dicht umlagert war unser Glücksrad, und die „roten Tüten“ mit gewichtigem (Lese-)Inhalt gingen weg wie warme Semmeln. Keine Frage: Auch 2012 sind wir im mittelsächsischen Freiberg beim 21. Tag der Sachsen gern wieder mit dabei!

Ein Herz und eine Seele: „Kami“, das Kamenzer Maskottchen des 20. Tages der Sachsen und die LINKE Kamenzer Landtagsabgeordnete Marion Junge



Foto: DAK

Eine Seite Nix – Sächsisch für Demokratieanfänger

Ginge es nach der sächsischen Koalition, bliebe diese Seite leer. Denn wo nix war, kann über nix geschrieben werden, so die Logik von Flath, Ulbig, Martens und Co.

Nun sind wir aber Opposition, sehen das naturgemäß anders. Deshalb der Versuch, eine halbwegs aktuelle Draufsicht auf „Nix“ hinzubekommen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und in unfreudiger Erwartung dessen, was uns zur Sache als nächstes ereilt.

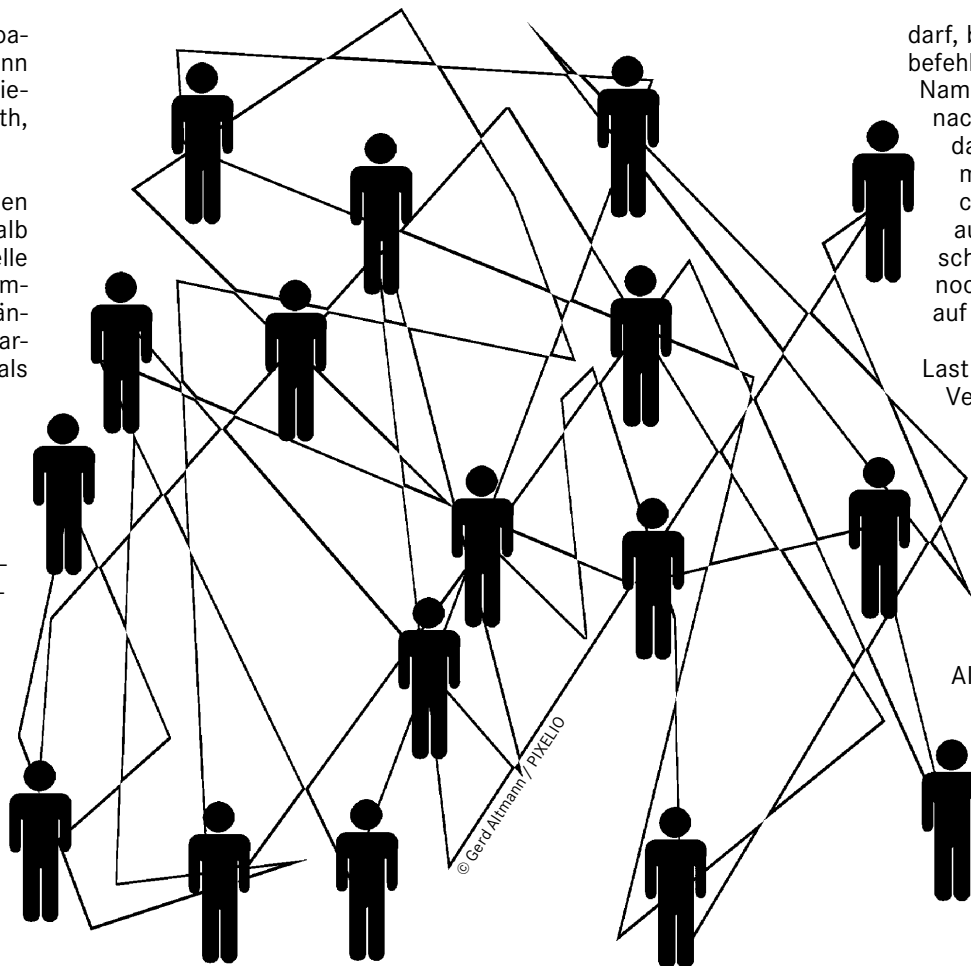
Wer über Sachsens Handygate schreiben will, muss fix sein. Fast täglich kräuselt sich eine weitere Teppichecke hoch und erlaubt den Blick auf neue unappetitive Details der wohl größten Abhör- und Ausspäktion seit der Wiedergeburt Sachsens, in der die „Macher“ nur zugeben, was ihnen unwiderlegbar nachzuweisen ist. So erklärte Innenminister Ulbig dem Parlament auch dann noch, es habe keine Gesprächsmitschnitte gegeben, als Teile der Abhörprotokolle schon in diversen Medien nachzulesen waren.

Angefangen hat das alles mit der eher zufällig öffentlich gewordenen Abschöpfung von mehr als einer Million Handydaten, darunter über 40.000 mit Name und Adresse – im Rahmen der Anti-Nazi-Proteste vom Februar 2011 in Dresden. Von der Polizei gewollt, von der Staatsanwaltschaft beantragt und vom zuständigen Richter genehmigt.

„So wie die Staatsanwaltschaft dem Gericht den Beschlusstext (zur Funkzellenabfrage, d. Red.) schon ‚vorgeschrieben‘ hat, (...) werden Abgeordnete und Pfarrer gleich vorbeugend wie Kriminelle erfasst.“

MdL Klaus Bartl
am 16.9.2011
per Pressemitteilung

Die Opposition verlangt Aufklärung, die Koalition will abmoderieren – und musste dennoch der unabhängigen Begutachtung durch den Landesdatenschutzbeauftragten Andres Schurig zustimmen. Als dessen Bericht dem Vorgang Anfang September ausdrücklich Rechtswidrigkeit und Unverhältnismäßigkeit bescheinigte, wartete die Staatsregierung nur drei Tage später mit einem in Berlin gefertigten und auf Steuerzahlerkosten erstellten Zweitgutachten auf, in dem Rechtskundler Battis ohne die detaillierte Fallunterlagen jemals gesehen zu haben erklärt, alles sei rechtens und im Umfang angemessen gewesen.



Neben der Brückierung des Datenschutzbeauftragten führte Innenminister Ulbig in dem Zusammenhang auch das Parlament vor, indem er den Battis-Bericht während der laufenden Plenarsitzung an den Abgeordneten vorbei der Presse vorstellte. Der nächste Schritt vs. Schurig ließ dann auch nicht lange auf sich warten. Via Presse entrüsteten sich Sachsens Richterververtretungen und der Generalstaatsanwalt über die ihrer Meinung nach unrechtmäßige und

„Der Freistaat, so diagnostiziert der Berliner Geschichtswissenschaftler Wolfgang Wippermann, zitierte der ‚Spiegel‘, sei das „rechtskonservativste und unfreieste Bundesland der Republik“.

MdL Dr. André Hahn
am 15.9.2011
im Sächs. Landtag

Keine Woche später platzte die Mär, die „Fänger und Lauscher“ haben nicht wissen können, ob und wo sich unter den Demonstranten auch Menschen, die man von Rechts wegen nicht orten oder abhören

darf, befunden hätten. Der Einsatzbefehl der PD Dresden mit konkreten Namen und Orten – in Teilen online nachlesbar beim MDR – beweist das Gegenteil. Und diese Liste mit Namen von bspw. Geistlichen oder Politikern hat wohl auch den Weg zur Staatsanwaltschaft gefunden – wohl gemerkt noch vor dem Antrag bei Gericht auf eine Funkzellenabfrage.

Last but not least dürfte selbst der Verfassungsschutz im kalten Dresdner Februar sein sprichwörtliches Ohr an der Masse gehabt haben. Ein jüngst aufgetauchtes Schreiben des Bundesdatenschutzbeauftragten an den BundesInnenausschuss legt dies zumindest nahe.

All das zu thematisieren, war während der Plenartage vom 14. und 15. September schlicht nicht möglich, weil teils noch gar nicht bekannt. DIE LINKE aber hielt die schwarz-gelbe Front der Abmoderierer mit Anträgen und Redebeiträgen auf Trab. In den Debattenbeiträgen von Dr.

André Hahn, Klaus Bartl und Julia Bonk wurden auch die Stürmung des Hauses der Begegnung in Dresden, die Razzia bei der Jungen Gemeinde in Jena samt der Brückierung des Jenaer Oberbürgermeisters durch Ministerpräsident Tillich und andere mehr angemessen gewürdigt.

Der Exportversuch sächsischer Demokratie nach Thüringen zu Pfarrer König war für die staatsseitigen Bemühungen der Bagatellisierung des Dresdner Datenkandals eher kontraproduktiv. Mit der offiziellen Anfrage der tschechischen Abgeordneten Nedvedova an Tschechiens Innenminister zur Datenabfrage hat der Skandal jetzt auch die Hürde über die Landesgrenze genommen. Fortsetzung garantiert. efa

„Es ist für die Bürgerinnen und Bürger unklar geworden, ob diese Regierung ihre Rechte und Grundrechte schützt, da der Eindruck entstanden ist, dass die Teilnahme an friedlichen Demonstrationen in Sachsen ausreicht, um ins Visier von Ermittlungen zu geraten.“

MdL Julia Bonk
am 14.9.2011
im Sächs. Landtag

**Achtung! Systemfehler!
Sie werden jetzt
heruntergefahren.**

© Gerd Altmann / PIXELIO

Info: Alle Redebeiträge, Anträge und Anfragen unter www.linksfraktion-sachsen.de

Damit Kinder mit Behinderung nicht „aussortiert“ werden

In Sachsen haben ca. 24.000 schulpflichtige Kinder eine Behinderung, 80 Prozent davon lernen in Förderschulen. Seit 2009 gilt aber auch für Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention, nach der Kinder mit Behinderungen ein Recht darauf haben, gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern unterrichtet zu werden. Sachsen tut sich damit schwer und so wurde Kultusminister Wölter in der Plenarsitzung am 15. September zum „Jagen getragen“. 22 Abgeordnete aus allen (!) demokratischen Fraktionen – also von LINKE, SPD, GRÜNE, FDP und CDU – brachten gemeinsam den Antrag Drs 5/6861: „Integration und Inklusion im sächsischen Schulwesen“ in den Landtag ein. Der Antrag fordert die Staatsregierung auf, bis März 2012 einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorzulegen. Für die Fraktion DIE LINKE sprachen die MdL Horst Wehner und Cornelia Falken. Wehner sagte u.a.: „Die Herausforderung liegt darin, dass wir es im

Schulwesen generell schaffen, dass alle Schulen für alle offen sind. Aus der UN-Konvention ist nicht ableitbar, dass Sonderschulen abzuschaffen sind. Wenn es um das Kindeswohl geht, ist der Schulwunsch sehr hochrangig zu beachten. (...) Ein ganz entscheidendes Kriterium ist die Barrierefreiheit an öffentlichen Gebäuden, natürlich auch an Schulen. (...) Nur wenige Schulen sind rollstuhlgerecht und nahezu keine Schule ist auf die

Bedürfnisse von Sinnesbeeinträchtigungen vorbereitet. Hier haben wir also sehr viel zu tun und wir sollten nicht so lange damit warten. (...) Es geht in Sachsen speziell um die Erfahrungen, die wir aus der Inklusion in den doch so bekannten und gut arbeitenden integrativen Kindertagesstätten auf das sächsische Schulwesen hinübertransportiert bekommen.“ Der Antrag wurde einstimmig (außer NPD) angenommen.



Foto: DAK

Kuba und die CDU

Der Sozialexperte der LINKEN, Dr. Dietmar Pellmann, kommentierte im Plenum am 15. September 2011 die Antwort der Staatsregierung auf die Große Anfrage (GA) der Fraktion DIE LINKE (Drs 5/4914) zu sozialen Standards und Strukturen Sachsens im Bundesvergleich. Ergebnis dieser und einer gleich intendierten Großen Anfrage der Bundestagsfraktion der LINKEN ist die bereits im letzten Parlamentsreport vorgestellte Broschüre „Bestenfalls Mittelmaß“, die den Beweis führt, dass Sachsen vor allem im Sozialbereich kein „Musterländle“ ist, wie von CDU und FDP immer wieder behauptet. Den der GA folgenden Entschließungsantrag (Drs 5/6947), der die Staatsregierung auffordert, den festgestellten sozialen Missständen im Freistaat entgegenzutreten, lehnte die Koalitionsmehrheit getreu dem Motto „Wo kein Problem ist, besteht kein Handlungsbedarf“ ab. Mehr noch, CDU-Redner Krauß garnierte seinen lebensfernen Redebeitrag mit einem merkwürdig-kruden Ausflug in die Karibik und der Unterstellung, die LINKE wolle kubanische (Lebens-)Verhältnisse für die Bürgerinnen und Bürger Sachsens ...

Terminhinweis / Einladung

Was?

5. Armutskonferenz der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag zum Thema:

„Armut und ihre Auswirkungen auf Gesundheit, Lebenserwartung und Teilhabe“

Wann?

8. Oktober 2011, 10:00–16:00 Uhr

Wo?

Gewerkschaftshaus, Schützenplatz 14, 01067 Dresden

Mit wem?

MdL Dr. André Hahn (Fraktionsvorsitzender), Dr. Dietmar Pellmann (MdL DIE LINKE), Prof. Dr. Gerhard Trabert, (Hochschule RheinMain Wiesbaden), Dr. Hendrik Berth (Medizinische Fakultät der TU Dresden), Dr. Marion Michel (Institut für Sozialmedizin der Universität Leipzig)

– **Info** – Ein gemeinsamer Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE und SPD zur „Sicherstellung der Rechte von Menschen mit Unterstützungs-, Pflege- und Betreuungsbedarf in unterstützenden Wohnformen“ (Sächsisches Wohn- und Betreuungsgesetz, Drs 5/6764), wurde am 14. September in erster Lesung im Parlament beraten. Im Mittelpunkt des Gesetzes stehen die Schutzbedürfnisse, die Wahrung des Rechts auf Selbstbestimmung und der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft sowie das Wohl der Leistungsbezieher in unterstützenden Wohnformen und von Pflege- und Betreuungseinrichtungen. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss verwiesen. – **Info** –

LINKE kämpft für „Tex“ in Reichenbach

Und noch eine fraktionsübergreifende Initiative! Vier MdL der LINKEN, zwei GRÜNE und einer von der SPD machten sich per Antrag für den Erhalt des Hochschulstandortes Reichenbach stark. Vor allem die LINKE Abgeordnete Andrea Roth kämpft seit langem um den Erhalt der Außenstelle der Westsächsischen Hochschule Zwickau, weiß sie als Vogtländerin doch um die große Bedeutung der sog. „Tex“. Roth war es auch, die öffentlich gemacht hatte, dass der vogtländische CDU-Abgeordnete Kienzle im Präsidium mit dafür gesorgt hatte, dass der Antrag es erst gar

nicht auf die Plenar-Tagesordnung schaffte. Deshalb wollten die Initiatoren ihn per Geschäftsordnungsantrag nachträglich auf die Agenda heben, was allerdings auch an der Landtagsmehrheit scheiterte. Nun ist der Antrag zur Behandlung an den Wissenschaftsausschuss verwiesen und DIE LINKE wird ihn am 7. November im Dresdner Plenarsaal öffentlich anhören lassen. Hier soll eine fach- und sachliche Gegenargumentation aufgebaut und das von der Staatsregierung beschlossene Ende der 150 Jahre alten Textilausbildung in Reichenbach und der als exzellent eingeschätzten

Architektenausbildung verhindert werden. Neben der parlamentarischen Befassung des Themas droht inzwischen auch eine gerichtliche Auseinandersetzung. Die Stadt Reichenbach, in der schon über 8.000 Bürgerinnen und Bürger für den Erhalt ihrer Hochschule unterschrieben haben, will den Freistaat verklagen, sollte er die Schließung durchziehen.

Antrag Drs 5/6889: „Fünfjähriges Moratorium bis zur Entscheidung über die Zukunft des Hochschulstandortes Reichenbach/V“

Ziel ist sorbische Kultur- und Bildungsautonomie

Der Sorbische Tag ist nicht nur die regelmäßigste gemeinsame Aktivität der LINKEN Landtagsfraktionen aus Sachsen und Brandenburg, bei der nunmehr zum neunten Mal zusammen mit engagierten Sorbinnen und Sorben die Belange dieses kleinen slawischen Volkes erörtert werden. Diesmal führte der Weg nach Crostwitz, aus Anlass des 10. Jahrestages des „Crostwitzer Schulstreites“ (sorbisch: „Chróšćan zběžk“), mit dem Eltern und Schüler der damaligen 5. Klasse, die vom Kultusministerium nicht zugelassen worden war, und Hunderte Sympathisanten vor Ort einen Monat lang um den Fortbestand der sorbischen Mittelschule kämpften.

Lehrer im Ruhestand und Studierende erteilten nach Lehrplan Unterricht, Medien aus ganz Europa berichteten über diesen Akt des zivilen Ungehorsams. Der Kampf führte zwar schulpolitisch nicht zum Erfolg, neben der Crostwitzer wurde inzwischen auch die Mittelschule in Panschwitz-Kuckau geschlossen – mit allen negativen Folgen, die das für die sorbische Sprache hat. Dies wurde auf dem 9. Sorbischen Tag ebenso thematisiert wie mögliche Auswirkungen von geplanten Spar- und Umstrukturierungsmaßnahmen durch den Rat der Stiftung für das sorbische Volk auf sorbische Einrichtungen wie das Sorbische Institut, dessen Direktor Prof. Dietrich Scholze neben weiteren Interessierten persönlich an dieser Veranstaltung teilgenommen hat.



v.li.: MdL Heiko Kosel (minderheitenpolitischer Sprecher, Sachsen), MdL Jürgen Maresch (minderheitenpolitischer Sprecher, Brandenburg), David Statnik (Vorsitzender der Domowina), Dr. André Hahn (Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Sächsischen Landtag)

Der „Chróšćan zběžk“ hat aber auch Früchte getragen: z. B. ein gewachsenes sorbisches Selbstbewusstsein, das LINKE-Fraktionsvorsitzender André Hahn würdigte. Deshalb denken viele Sorben, ob in der Dachorganisation Domowina oder in einer Initiativgruppe, die sich das Werben für die Idee eines sorbischen Parlaments und des Aufbaus einer Körperschaft des öffentlichen Rechts

auf die Fahnen geschrieben hat, über effektivere Formen der Vertretung sorbischer Interessen nach. Erstmals kam es zwischen Domowina und Initiativgruppe, die vom Wissenschaftler Martin Walde vertreten wurde, zu einem öffentlichen Gedankenaustausch. Deshalb dankte Domowina-Vorsitzender David Statnik den LINKEN dafür, beide Seite an einen Tisch gebracht zu haben.

In einer Erklärung hob die minderheitenpolitischen Sprecher der LINKEN in den Landtagen von Sachsen und Brandenburg, Heiko Kosel und Jürgen Maresch, hervor, dass die LINKEN für Körperschaft und Parlament sind, wenn die Sorben dies selbst wollen. Am Ende müsse eine wirkliche sorbische Kultur- und Bildungsautonomie stehen – das sei das Ziel der ganzen Diskussion. *Marcel Braumann*

„Jugend bestimmt mit!“

Wenn aller paar Jahre Wahlen anstehen, besinnen sich Parteien sowie Politiker/innen gern auf junge Menschen und Erstwähler/innen. Doch Jugendmitbestimmung ist keine Eintagsfliege, sondern bedarf ernsthafter

Überlegungen mit jungen Menschen gemeinsam. Anlass genug für die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, den Fraktionsjugendtag 2011 am 10. September im Landtag unter das Thema „Jugend bestimmt mit!“ zu stellen und den Blick auf Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in der Schule, in der Kommunalpolitik und anderen Lebensbereichen zu richten.

Claudia Schiebel von der Regionalstelle Sachsen der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) gab uns einen Überblick über das Erlernen von Demokratie in den verschiedenen Lebensbereichen von Kindern und Jugendlichen von der Kita bis zum Berufseinstieg. Die DKJS begleitet in Sachsen verschiedene Mitwirkungs-Projekte von „Hoch vom Sofa“ bis zur „Bewegten Kom-

mune“. Der Soziologe Stephan Kühn, seit 2009 MdB für Bündnis 90/Grüne, referierte über „Jugendparlamente in Sachsen.“ Die zwiespältige Erkenntnis, dass Jugendliche sich einerseits einbringen wollen, jedoch in Sachsen nur wenige Jugendparlamente nicht nur dauerhaft überlebt haben, sondern auch mehr sind als schmückendes Beiwerk von Kommunalpolitik oder Gremien, die Projektgelder verteilen und Feste organisieren dürfen, macht den Handlungsbedarf deutlich. Ähnlich waren die Erfahrungen der Teilnehmer/innen des Jugendtages, die selbst noch die Schule besuchen und über ihre Arbeit in Schülerräten berichteten.

Der Soziologe Klaus Hurrelmann sagte Anfang September im Interview mit der Wochenzeitung DIE ZEIT: „Wollen die Parteien wieder an der politischen Willensbildung des Volkes teilnehmen, wie es das Grundgesetz aus guten Gründen vorsieht, dann müssen sie sich jetzt auf den Weg machen, sonst geht die Entwicklung an ihnen vorbei. Ich bin sicher: Dazu brauchen sie das politische Gespür der jungen Generation. Sie sollten aktiv um Jugendliche werben.“

Dass die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen nicht nur eine Aufgabe für den Gesetzgeber, sondern

für die ganze Gesellschaft darstellt, wurde mit der Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention durch die Bundesrepublik untersetzt, der Weg zu einer gesetzlichen Verankerung auf Landesebene in Sachsen ist jedoch lang. Von der Fraktion DIE LINKE wurde schon 2006 der Entwurf für ein „Jugendmitbestimmungsgesetz“ vorgelegt, dass nun erneut in den Landtag eingebracht werden und parallel mit Jugendparlamenten und weiteren Jugendvertretungen diskutiert werden soll.

MdL Annetrin Klepsch,
Sprecherin für Kinder- und
Jugendpolitik

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1
01067 Dresden
Telefon 0351/493-5800,
Fax 0351/493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



Themen sichten beim Fraktionsjugendtag der LINKEN